

Die Sozial-Nationalisten auf dem Vormarsch

Nationalpopulistische Parteien und progressive Ideen sind nicht per se gegensätzlich - ein Punkt, auf den die Linke ihr Augenmerk richten muss. Ein Diskussionsanstoss am Beispiel des „Mouvement Citoyens Genevois“ MCG und des bedingungslosen Grundeinkommens.

Eine neue Facette des politischen Spektrums erweist sich zurzeit als äusserst erfolgreich. In verschiedenen Ländern Europas fahren Parteien Wahlerfolge ein, die sich sowohl für mehr sozialen Ausgleich als auch nationale Abschottung einsetzen. Gleichzeitig stellt die Bewegung für ein bedingungsloses Grundeinkommen die Vision einer ganz neuartigen Form der Existenzsicherung zur Debatte. Die Promotoren des Grundeinkommens haben zwar ohne Zweifel nichts mit nationalistischem Gedankengut am Hut. Aber ihre Ideen könnten den sozial-nationalistischen Populisten ins Konzept passen.

„Ni gauche ni droite, Genève d'abord“ (weder links noch rechts, Genf zuerst), steht zuoberst auf der Website des „Mouvement Citoyens Genève“, das bei den Wahlen im Kanton Genf einen triumphalen Erfolg eingefahren hat. Tatsächlich, die neue populistische Bewegung schlägt zwar nationalistische und fremdenfeindliche Töne an, hat sich aber gleichzeitig den Kampf für bessere Sozialleistungen, gegen die Wohnungsnot und gegen Entlassungen auf die Fahne geschrieben. Und sie kämpft gemeinsam mit der Linken für die Einheitskrankenkasse. Dies im Gegensatz zur SVP, die nebst einer Politik der nationalen Abschottung dem marktwirtschaftlichen Prinzip der Selbstverantwortung huldigt.

Die Kombination von nationalen und sozialen Parolen erweist sich auch anderswo als erfolgreich. Die „Lega die Ticinesi“ reitet schon länger auf dieser Welle, mit zunehmendem Erfolg. Und gerade dieses Jahr haben die „Gewöhnlichen Finnen“ ebenfalls mit sozial-nationalistischen Parolen im hohen Norden Europas einen erdrutschartigen Wahlsieg verbuchen können.

Versicherungs- und Bedarfsprinzip.

Nicht jede Form der Sozialpolitik passt allerdings gleich gut zu diesen nationalistischen Konzepten. Das herkömmliche Versicherungsprinzip beispielsweise, wie wir es bei den Alters- und Invalidenrenten kennen, ist grundsätzlich blind für die Staatsangehörigkeit seiner Destinatäre (Empfänger-Innen). Wer Beiträge bezahlt hat, erhält eine Rente, wenn der Versicherungsfall eintritt. Bedarfsorientierte Sicherungssysteme, wie die Sozialhilfe oder die Ergänzungsleistungen zu den AHV- und IV-Renten, werden hingegen unabhängig von früheren Beitragszahlungen ausgerichtet. In deren Genuss kommt grundsätzlich, wer sie benötigt.

Damit die Ausgaben nicht ins Uferlose wachsen, muss der Kreis der Berechtigten allerdings irgendwie beschränkt werden. Und dabei bietet sich die Nationalität durchaus als Kriterium an. Zuwanderern wird meistens kein oder nur ein begrenzter Anspruch auf solche Leistungen zugestanden. Bedarfsorientierte Systeme der sozialen Sicherung vertragen sich generell schlecht mit offenen Grenzen. Deshalb tat sich die EU beim Aushandeln der bilateralen Verträge mit der Schweiz schwer, die Anspruchsvoraussetzungen der Ergänzungsleistungen zu akzeptieren.

Das Grundeinkommen als Vision.

Das Bedarfsprinzip in Reinkultur stellt das bedingungslose Grundeinkommen dar, das in der Schweiz demnächst mit einer Volksinitiative lanciert werden soll. Dessen Promotoren sind keineswegs Nationalisten, sondern international vernetzte Weltbürger. Ihre Idee könnte aber bei den aufkommenden sozial-nationalistischen Bewegungen auf Interesse stossen.

Diese könnten das System zum Selbsthilfeinstrument der „Volksgemeinschaft“ hoch stilisieren, von dem Fremde ausgeschlossen bleiben. Das spricht nicht gegen die Idee eines Grundeinkommens. Es handelt sich dabei um eine interessante Vision, die zwar kritische Fragen aufwirft, der sozialpolitischen Diskussion aber wertvolle Anstösse gibt.

Die Promotoren des bedingungslosen Grundeinkommens sollten sich allerdings Gedanken darüber machen, wie sie mit allfälligen Umarmungsversuchen aus dem sozial-nationalistischen Lager umgehen wollen. Denn es wäre schade, wenn ihr Projekt dadurch diskreditiert würde.

Ruedi Spöndlin.

Antidotincl, Nr. 11, September 2011.

Löhne > Mindestlohn. Antidotincl 2011-09-01.doc.